

Die Sächsische Elbzeitung erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher nachm. 5 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 2.- M., monatlich 1.40 M., 1 monatlich 70 Pfg. durch die Post vierteljährlich 2.10 M. (ohne Postgebühren). Einzelne Nummern 12 Pfg. Alle kassierl. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die Sächsische Elbzeitung an. Königlich Roman-Beilage: Unterhaltungsblatt.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht, das königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderat zu Sobuslein.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz. Im Falle höherer Gewalt (Feuer oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Druckerei oder der Vertriebsanstalten) hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Inseraten-Ausnahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Baukenstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, Invalidentauf und Rudolf Mosse. In Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 4

Bad Schandau, Dienstag, den 8. Januar 1918

62. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Lebensmittel betr.

Butter — bei Klemm — auf Lebensmittelmarke Nr. 11 und Landesfettmarke C vom Dezember 45 Gramm, Preis M. 3.20 das Pfund. Die Lebensmittelkarten Nr. 1—1200 werden Dienstag, diejenigen von Nr. 1201—Ende am Mittwoch beliefert.

Dienstag, den 8. Januar:

Möhren — bei Werner — von nachm. 1 Uhr an.
Ziegenfleisch — gefalzen — ohne Fleischmarken bei den bekannten Fleischern noch erhältlich.
Schandau, den 7. Januar 1918.

Der Stadtrat.

Rohlenversorgung betr.

Es wird beliefert: Auf Wochenabschnitt 17 der Rohlengrundkarte 3/4 Zentner. Die Ausgabe erfolgt Dienstag und Mittwoch von 9—12 und nachm. 3—4 Uhr bei Wertigs.

Schandau, den 7. Januar 1918.

Der Stadtrat.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr, enthält eine reiche Auswahl von Werken unterhaltenden und belehrenden Inhalts der bekanntesten und beliebtesten Autoren.

Nichtamtlicher Teil.

Aus Stadt und Land.

Wir wollen die Mitglieder unseres Gewerbevereines und, da der Vortrag auch der allgemeinen Aufklärung dienen soll, alle deutschdenkenden Männer und Frauen, die Mitglieder des Grenzschutzes und beider Logarette, die des Gewerbeschulfortbildungsverelns und der Jugendfürsorge auf den am Donnerstag, den 10. Januar 1918, abends 8 1/4 Uhr, in Hegenbarths Sälen stattfindenden Lichtbildervortrag des Herrn Pflanzungsdirektors Kaundlinga über „Indien einst und jetzt“ (siehe Anzeige in der heutigen Nummer unserer Zeitung) einladen.

Mit dem Verdienstkreuz wurde Herr Bahnhofsvorsteher Stenzel-Schandau ausgezeichnet. Unseren Glückwunsch!

Sergeant Uhlig (Schuhmann in Schandau) wurde für eine mit Erfolg ausgeführte Patrouille mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet.

Reform der Ersten Kammer. Den Ständen ist der von der Regierung zugesagte Entwurf über die Reform der Ersten Ständekammer zugegangen. Die Regierung schlägt die Einflügung von 12 neuen Sitzen für die Erste Kammer vor, von denen 10 an Angehörige der Industrie und des Handels, 2 an Angehörige des Gewerbes fallen sollen. Es ist der Wille der Regierung, daß durch königliche Berufung auch Arbeiter Zutritt zur Ersten Kammer erhalten, damit auch in dieser Körperschaft die Stimme der gewerblichen und industriellen Arbeiterschaft zu Gehör gelangt. Von den durch den König zu ernennenden 15 Mitgliedern sollen 5 den Besitzern von Rittergütern vorbehalten bleiben, weil die bisherige Ernennung von 10 Rittergutsbesitzern durch den König wegfällt. Die den ersten Magistratspersonen von 8 Städten des Landes zustehenden Sitze sollen ausschließlich den Städten mit der revidierten Städteordnung vorbehalten bleiben, außerdem aber soll die Berufung von 5 weiteren Mitgliedern der Selbstverwaltung durch den König erfolgen. Insofern der Eintritt von Abgeordneten in die Erste Kammer auf Grund von Wahlen erfolgt, legt die Regierung Gewicht darauf, daß diese Wahl nicht auf begrenzte Zeit — etwa auf sechs Jahre, wie vorgeschlagen worden ist, — sondern auf Lebenszeit erfolgt.

Eine Neuwahl zur Ersten Kammer des Landtags. Das Ministerium des Innern ordnete an, daß in der Oberlausitz infolge des Ablebens des Geh. Dekonominerats Adolf Steiger, Klein-Bauzen, eine Neuwahl zur Ersten Kammer zu erfolgen hat. Es soll an den Landesältesten der Oberlausitz noch eine besondere Verfügung hierüber ergehen.

Gegen die übermäßige Devalorierung von „Kriegsgewinnulern“ wendet sich die „München-Augsburger Abendzeitung“: Es ist vaterländische Pflicht, entschiedene Stellung zu nehmen gegen die Erscheinung, daß Leute, die durch Herkesleistungen reich geworden sind und sich dann durch eine Spende von einigen leicht verdienten tausend Mark zur Verleihung von Eiteln und Orden in Erinnerung bringen, nicht selten ihr Ziel erreichen. Was haben viele dieser Herren im vaterländischen Sinne geleistet? Sie lassen sich ungeheure Preise für ihre Lieferungen bezahlen, während andere Gut und Blut opfern müssen. Gerade in wohlgestimmten Kreisen herrscht über solches Gebaren größte Erbitterung.

Sobuslein. Am 30. Dezember 1917 erfolgte die Einweihung des neuen Rathhauses. Dabei wurden von verschiedenen Vereinen, sowie von privater Seite Geschenke überreicht. Der Betrieb wurde am 31. Dezember 1917 aufgenommen. — Dem Bäckermstr. Otto Kaiser von hier, welcher als Utzf. bei einem Landwehrregiment steht, wurde die Friedrich August-Medaille in Silber

verleihen. Der tapfere Kämpfer hat die Flandernschlacht mitgemacht und liegt z. Zt. schwerverwundet in einem Helmslazoretz.

Königslein. Leutnant Hans Menzel von hier, Sohn des Herrn Oberlehrers Karl Menzel, erhielt den Kgl. Bayerischen Militärverdienstorden mit Schwertern.

Schnitz. Am 2. Januar begingen die hiesigen Bürger Mühlenbesitzer Wilhelm Schöpf, Weber Friedrich Hanfisch, Weber Robert Kaffschner und Privatier Friedrich Wilhelm Hofmann ihr 50jähriges Bürgerjubiläum. Anlässlich dieses Ehrentages sind sie von der Stadtverteilung beglückwünscht, einem bedürftigen Jubilar ist auch ein Ehrengeschenk von der Stadt überreicht worden.

Pirna. Die städtischen Körperschaften beschloffen, zu Ehren des Jubilars Dr. Spieß eine seinen Namen führende Stiftung in Höhe von 3000 Mark zu errichten, deren Zinsen alljährlich nach seiner alleinigen Bestimmung verteilt werden sollen.

Steinpleis. Ein Opfer der Kälte wurde die in den sechziger Jahren stehende Gastwirtswitwe Brunner von hier. Man fand sie, an einem Graben stehend, erstoren auf. Wahrscheinlich hat sie sich zum Ausruhen hingesezt und ist eingeschlafen.

Dresden. In der Feuerbestattungsanstalt der Stadt Dresden sind im Monat Dezember d. J. 55 Einäscherungen erfolgt, und zwar 29 männlichen und 26 weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen waren 51 evangelisch, 2 katholisch, 2 Dissidenten. In 51 Fällen fand religiöse Feier statt. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 4494 Einäscherungen.

An den Pranger!

Lebensmittelpreiswuchererei. In letzter Zeit sind uns viele Klagen über geradezu unerschämte Preisforderungen für die einfachsten Lebensmittel (die z. T. leider noch nicht von der Höchstpreisgesetzgebung erfasst sind) zu Gehör gekommen. Da wir nun nicht gern zum Kadl laufen und überhaupt nicht den „Angeber“ machen möchten, haben wir uns entschlossen, in der Geschäftsstelle der „Sächsischen Elbzeitung“ eine Liste anzulegen, in welche alle Beschwerden (mit genauen Angaben) kurz eingetragen werden. Zu gegebener Zeit werden wir diese veröffentlichen. Vielleicht steigt dann denen, die so gewissenlos sind, die Bevölkerung zu schröpsen, die Schamröde ins Gesicht und gibt ihnen Veranlassung, ihr nichtswürdiges Tun zu ändern. Interessant sind auch oft die wucherischen Preisaufschläge auf andere Waren des täglichen Gebrauchs. Für solche Fälle soll die Liste ebenfalls ausliegen und sinnemäßige Verwendung finden.

Schriftleitung der Sächsischen Elbzeitung.

NB.: Wir empfehlen dieses System auch in anderen Orten den Herren Kollegen!

Zwischenfall in Brest-Litowsk.

Verhandlungen im Hauptauschuß.

Im Hauptauschuß des Reichstages nahm zunächst Graf Westarp (konf.) das Wort zu der Erklärung, daß in seiner Fraktion ernste Bedenken bestehen wegen der Verhandlungen in Brest-Litowsk und insbesondere wegen des dort ausgesprochenen erneuten Friedensangebotes. Der Redner meinte, auch seine Fraktion wolle baldigen Frieden mit Rußland, aber sie habe doch Bedenken wegen der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Darauf nahm

Reichstanzler Graf Hertling

das Wort zu folgender unter allgemeiner Stille abgegebenen Erklärung:
Der Herr Vorredner hat die Güte gehabt, an das zu

erinnern, was ich gestern am Schluß meiner kurzen einleitenden Worte gesagt habe, daß, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein.

Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch ausgedrückt lassen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt

eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm

vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen Vorschriften über den Ort machen zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen wollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß wir die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia und Konstantinopel und Petersburg haben müssen — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionieren gut — in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können.

Dazu kommt, daß die Nachschafften der Entente, Mistrauen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden.

Ich habe daher den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann beauftragt, diese Vorschläge abzulehnen.

Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine angetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiterverhandeln.

Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmung. In der russischen Presse wird und insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in tschechischer Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. (Bravo!) Punkt 1 und 2 sind lediglich für die praktischen Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen.

Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stehen und auf unsere Machtstellung, auf unsere lebende Stimmung und auf unser gutes Recht.

Auf Vorschlag der Abgg. Fischel (Soz.) und Scheidemann (Soz.) wurde darauf die Verhandlung des Hauptauschusses auf morgen vormittag 10 Uhr angesetzt.

Die Stellung der Parteien.

Nach der Vertagung des Hauptauschusses traten die Parteien zusammen, um zu der Erklärung des Grafen Hertling Stellung zu nehmen. Die von parlamentarischer Seite erklärt wird, steht die Mehrzahl der Abgeordneten auf dem Standpunkte der Regierung und hält es mit der Würde der Mittelmächte für unvereinbar, auf die Forderung der russischen Regierung, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen, einzugehen.

An den leitenden Stellen wird der Zwischenfall in Brest-Litowsk mit jener Ruhe und Gelassenheit beurteilt, die sich bei unserer günstigen militärischen Lage von selbst verstehen. Man war auf Schwierigkeiten und Aberkalkungen gefaßt. Man wartet deshalb ohne Ungebuld die weiteren Entschlüsse der russischen Regierung ab. Gelegt den Fall, die Petersburger Regierung bräche die Verhandlungen auf Grund unserer Erklärungen ab, so wäre unsere militärpolitische Lage unverändert. Einweilen geben sowohl die Verhandlungen in Petersburg, als auch die mit den Vertretern der Ukraine in Brest-Litowsk weiter.